



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VII/125 - 3.6.1952

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 376 54-59
Fernschreiber 039 890

Wird der Bundesrat umgangen ?	S. 1
Spannungen im französischen Katholizismus	S. 3
Herta Gotthelf - 50 Jahre	S. 4

Die Verträge und der Bundesrat

P.R. In den nächsten drei Wochen wird die Frage besonders wichtig sein, wie sich der Bundesrat zum Generalvertrag, seinen Zusatzverträgen und zum Vertrag über die europäische Verteidigungsgemeinschaft verhalten wird. Die Regierung hat erklärt, vom Generalvertrag und den Zusatzabkommen seien nur die Bestimmungen über die steuerliche Behandlung der Streitkräfte zustimmungspflichtig. Der Bundesrat habe, seit vergangener Freitag innerhalb der vorgeschriebenen Frist von drei Wochen, nur seine Stellungnahme abzugeben. Wie weit nach Auffassung der Regierung das gleiche summarische Verfahren, durch ein Ratifizierungsgesetz lediglich ein Ja oder ein Nein zum Inhalt der Vertragstexte zuzulassen (ohne daß ein Nein den Gang der Ereignisse beeinflussen könnte) auch auf den Vertrag über den deutschen Wehrbeitrag angewendet werden soll, wird sich bei der Zuleitung des Ratifizierungsgesetzes über die EVG an den Bundesrat erweisen.

In Kreisen des Bundesrates ist man der Auffassung, daß mit der Bekanntgabe der Auffassung der Regierung keineswegs eine objektive Klarstellung des Sachverhaltes erfolgt sei. Zunächst werden sich die zuständigen Ausschüsse des Bundesrates, in erster Linie die für auswärtige, für innenpolitische und für Rechtsfragen, mit dem Komplex befassen. Sie werden zu klären haben, ob nach ihrer Meinung in den Verträgen noch weitere "Zustimmungsinhalte" als der von der Bundesregierung aufgeführte vorhanden sind. Dabei wird vom Bundesrat her gesehen die Entscheidung beim Auswärtigen Ausschuss liegen, der sich aus den Ministerpräsidenten dieser Länder zusammensetzt. Die ganze Frage ist deshalb von erheblicher praktischer Bedeutung, weil die politisch veränderte Zusammensetzung des Bundesrates seit der Neubildung des Landes Baden-Württemberg die Position der Bundesregierung erheblich geschwächt hat und manche Ungewissheiten aufkommen ließ, die in der Situation der früheren elf, statt der jetzigen neun westdeutschen Länder nicht bestand.

Sollte der Bundesrat, der sein Votum vermutlich erst am letztmöglichen Tage abgeben dürfte, in der Frage des Zustimmungsbereiches zu einer anderen Ansicht kommen als die Bundesregierung, so müßte die Klärung zwischen Bundestag und Bundesrat gesucht werden. Dabei ist ziemlich sicher, daß der Bundestag in seiner Mehrheit sich mit der Haltung der Bundesregierung identifizieren wird. Das hieße, daß eine Einigung nicht erfolgt und die Länder sich an das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe wenden könnten. Bei alledem handelt es sich aber nicht um Annahme oder Ablehnung des konkreten Vertragsinhaltes durch den Bundesrat, sondern um die Klärung der Frage, in welchen Punkten die Verwirklichung vertraglicher Bestimmungen an die Zustimmung des Bundesrates gebunden ist.

Auf diese Frage geht die umfangreiche Begründung des Ratifikationsgesetzes, die dem Bundesrat mit übergeben wurde, nicht ein - wohl in der Absicht, gar nicht erst den Eindruck aufkommen zu lassen, als sei der Standpunkt der Regierung überhaupt anfechtbar. Die Begründung beschränkt sich vielmehr darauf, noch einmal alle die Gesichtspunkte zusammenzustellen, die die Regierung bei dem Versuch anzuführen pflegt, die Zweckmäßigkeit ihrer Politik darzutun. Wieder behauptet sie, die Wiedervereinigung Deutschlands werde gerade durch ihre totale Integrationspolitik in den Westen gefördert - eine These, die durch die Ereignisse in der sowjetischen Besatzungszone ad absurdum geführt wird - wieder kommt die unrichtige Behauptung von der gleichberechtigten deutschen Beteiligung an einer europäischen Armee. In dem Schlußsatz dieser Begründung widerlegt sich die Regierung freilich selbst: "Ohne die auf die Freiheit begründete Partnerschaft mit dem Westen müßte die deutsche Wiedervereinigung für immer ein Wunschtraum bleiben". Dies gerade ist der Punkt, auf den es ankommt: So wie die Verträge heute aussehen, gibt es für Westdeutschland eine solche auf Freiheit gegründete Partnerschaft nicht, es gibt stattdessen ein System einseitiger Abhängigkeiten und Vorbehalte zu Ungunsten Deutschlands. So wird es selbst nach der eigenen Feststellung der Regierung als Folge ihrer Handlungsweise keine deutsche Wiedervereinigung in Frieden geben, solange diese Politik getrieben wird.

Das offenkundige Bemühen der Regierung, den Zuständigkeitsbereich des Bundesrates so eng wie möglich zu halten, ist bezeichnend für ihre Methode, die Anwendung des Grundgesetzes weitgehend von den jeweiligen Bedürfnissen ihrer Politik abhängig zu machen. In diesem Falle wirkt das besonders pikant, weil die Regierung eine Grundinstitution unserer vorläufigen Verfassung in ihrer Arbeit behindern will, für die die heutigen Regierungsparteien sich seinerzeit mit besonderem Eifer eingesetzt haben.

+ + +

Der französische Katholizismus auf dem Index ?

Von unserem Pariser H.A.-Korrespondenten

Seit Kriegsende sind die französischen Katholiken von einer tiefgreifenden politischen Entwicklung erfaßt worden. Unter dem Einfluß der Erfahrung des Petain-Regimes, das von der großen Mehrzahl der kirchlichen Würdenträger unterstützt wurde, griffen Tendenzen Platz, die den gegenwärtigen sozialen Problemen größeres Verständnis als in der Vergangenheit entgegenbringen wollten.

Der bedeutendste Ausdruck dafür wurde der ERP, der, von linken Katholiken gebildet, die lange vergeblich um Einfluß gerungen hatten, plötzlich zu einer der bedeutendsten politischen Kräfte Frankreichs wurde. Allerdings entsprach sein Wachstum nur zu einem Teil der Zunahme der wirklich linken Kräfte. Eine zeitlang bildete der MRP eine Zuflucht für die vom Zusammenbruch überraschten Kollaborateure. Seit den ersten Nachkriegsjahren erleben wir eine Polarisierung auf zwei Fronten: Die ehemalige katholische Reaktion hat sich von ihrem Schreck erholt und zu neuen politischen Ausdrucksformen gefunden, während innerhalb der Linken um die Definierung der MRP-Politik immer eifriger gekämpft wurde.

Ein großer Teil der Petain-Mitläufer hatte im gaullistischen RPF Unterschlupf gefunden. Mit der Abnutzung des Widerstandsgeistes sind jedoch die Aktivisten des französischen Naziregimes wieder zum Vorschein gekommen. Ein Blatt nach dem anderen erschien, das die alte Fahne der Reaktion wieder aus dem Staube hob. Offen wurden die Tugenden des Petain-Regimes gepriesen. Dieser Chor ist in der letzten Zeit beträchtlich verstärkt worden durch die Haftentlassung des greisen "Theoretikers" des reaktionär-monarchistischen Katholizismus, Maurras. Diese Kreise wollen mit der im christlichen Lager stattgefundenen Entwicklung "aufräumen".

Die erste Tat des begnadigten Maurras war, zum Mord an dem MRP-Führer Menton aufzurufen. Unter der Flagge des Petainismus richtet sich der Kampf nicht nur gegen den Widerstandsgeist des MRP, sondern ebenso sehr gegen die vorgenommenen Nationalisierungen und sozialen Reformen. Die Petain-Erfahrung hat viele hohe kirchliche Würdenträger zu einer Änderung ihrer Einschätzung der Arbeiterbewegung gebracht:

Sie unterstützen die christliche Gewerkschaftsbewegung, die in Frankreich oft kämpferischer Natur ist, und haben in kritischen Streik-kämpfen sich mit den Arbeiterforderungen solidarisiert. Selbstverständlich haben sie dabei die Stärkung des katholischen Einflusses im Auge, der im Proletariat immer geringer geworden ist. Das hat zur Bewegung der "Arbeiterpriester" geführt. Diese gehen als Arbeiter in die Fabriken und teilen völlig das proletarische Dasein. Sie wollen die Arbeiter zum Christentum bekehren, aber zu einem Glauben, der auf dem proletarischen Dasein beruht.

Diese Priester beteiligen sich an Streiks und haben ihre sozialen Ansichten sehr oft den proletarischen Forderungen angepaßt. Das ist den wieder aufkommenden Reaktionen zu viel: Sie schreien nach Aufgabe des Christentums und Kommunismus! Wie es scheint, sind sie dabei im Vatikan auf wachsendes Verständnis gestoßen. Rom versteckt seit einem Jahr in der italienischen Innenpolitik immer weniger seine profaschistischen Sympathien. Es ist nicht erstaunlich, daß das auch den französischen Reaktionen zugute kommt. Aber sie werden es schwer haben, das Rad zurückzudrehen. Die Widerstände sind umso größer, als viele fortschrittliche Katholiken an der zaghaften Haltung des MRP Kritik üben und für eine soziale Politik sind, die über die vergangene hinausgeht.

+ + +

Herta Gotthelf - 50 Jahre

Herta Gotthelf, weibliches Vorstandsmitglied der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und zentrale Frauensekretärin wird am 6. Juni 50 Jahre alt. Das ist ein Lebensabschnitt, zumal, wenn man zur gleichen Zeit auf eine 30jährige Mitgliedschaft in der Sozialdemokratie zurückblicken kann.

Herta Gotthelf wurde in eine Umwelt hineingeboren, deren Angehörige nicht traditionsmäßig und zahlreich der Sozialdemokratie zuströmten. Ihr Vater war Kaufmann und war in der Lage, seiner kleinen, krausköpfigen und aufgeweckten Tochter eine gute Schulbildung geben zu können. Es steckte schon in dem Schulmädchen ein Stück Rebellentum. Dem Bestreben des Elternhauses, sie möglichst "schön und fein" anzuziehen, setzte sie einen hartnäckigen, erfolgreichen Widerstand entgegen. Der zehnjährigen Schulzeit folgte die Handelsschule. Es entsprach wohl ihrem Drang nach Selbständigkeit, daß sie dann einige Jahre im Bankfach beruflich tätig war. In dieser Zeit fand die Zwanzigjährige schon den Weg in die Sozialdemokratie und dort auch die Erfüllung für ihren jugendlichen Idealismus. Sie wollte mehr

3. Juni 1952

aus den Zusammenhängen ihrer weiteren Umwelt kennenlernen. Dazu gab der einundzwanzigjährigen Herta die "Akademie der Arbeit" in Frankfurt am Main eine willkommene Gelegenheit. Ihr Berufsziel war, Redakteurin zu werden. Ihrer politischen Überzeugung entsprechend sah sie nur in der Sozialdemokratie die Möglichkeiten journalistischer Arbeit. So kam sie von Frankfurt nach Berlin. Jugendlich frisch, gesund, mit Kraushaar und blanken Augen stand das zweiundzwanzigjährige Kind damals vor mir. Sie zeigte mir, daß sie genau wußte, was sie wollte, daß sie ihr Ziel sehr ernsthaft anstrebte und bereit war, ihre ganze Kraft dafür einzusetzen. Sehr bald wurde das Frauensekretariat die letzte Station ihrer Lehrzeit. Sie arbeitete an der Zeitschrift für die sozialdemokratischen Frauen, "Die Genossin", deren vollständige Redaktion bald ganz bei ihr lag. Daß sie an den Arbeiten des Frauensekretariats stark beteiligt war, lag ganz in der Natur der Sache, entsprach aber auch ihrer Veranlagung. Ich sage es heute rückschauend und sage es gern, daß von dem jungen Menschen Herta Gotthelf sehr viel Anregung ausgegangen ist und gerade auch aus diesem Anlaß denke ich oft mit Freude an die junge Helferin von damals zurück.

Die Hitlerei setzte schließlich unserer gemeinsamen Arbeit ein Ende. Wir wurden getrennt, Herta schließlich nach London verschlagen, nachdem der Boden unter ihren Füßen gar zu heiß geworden war. Natürlich versuchte sie sich dort, ihren Fähigkeiten entsprechend, mit der Journalistik und als Übersetzerin durchzuschlagen. Das war nicht leicht, vor allem nicht im Anfang und so hat sich Herta auch gelegentlich als Kindermädchen oder Putzfrau verpflichten müssen. Mit der Zeit wurde es besser, man brauchte Menschen mit Sprachkenntnissen und Erfahrung auch für instruktive Arbeiten.

Wir standen - sobald wir uns wieder entdeckt hatten - in lebhafter Korrespondenz. Ich wußte von ihrer Aktivität in der deutschen Gruppe der Sozialdemokratie, Herta gehörte dem Vorstand an, ebenso auch einer Gruppe deutscher Gewerkschaftler. Sie bemühte sich sehr und mit schließlichem Erfolg um die Zusammenfassung der aus Europa emigrierten weiblichen Sozialisten und wurde zur Sekretärin für diese Gruppe bestimmt.

Nun ist Herta Gotthelf seit 1946 zentrale Frauensekretärin unserer Partei und seit 1947 Vorstandsmitglied. Ich habe ständig Gelegenheit, in der durch mein Alter bestimmten Zurückgezogenheit immer wieder mit Freude festzustellen, daß vom Frauensekretariat dauernd gute Anregungen in die Frauenbewegung hineinströmen. Mein inniger Wunsch - an diesem Tage einmal öffentlich ausgesprochen - ist, daß die Genossinnen diese Anregungen ebenso freudig und gern aufnehmen und verwerten, wie sie gegeben werden. Damit erfüllen wir auch Herta Gotthelf einen Geburtstagswunsch.

Marie Juchacz

+ + +

Verantwortlich: Peter Raunau